

**Rahmenprogramm
der FDP-Jüchen
zur Kommunalwahl 2009**



FDP Ortsverband Jüchen
Rektor-Thoma-Straße 7
41363 Jüchen
Telefon: 02165 - 170619
Telefax: 02165 - 170626
E-Mail: fdp-juechen@t-online.de

Themen

- I. Für eine verantwortungsvolle Haushalts- und Wirtschaftspolitik
- II. Bildung – zentrale Aufgabe vom Kindergarten bis zum Abitur
- III. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Politik
- IV. Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Jüchen
- V. Marktplatz Jüchen - Mittelpunkt unserer Gemeinde
- VI. Grundzüge einer liberalen Sportpolitik
- VII. Standpunkte der Jüchener FDP zur Umwelt und Klimapolitik
- VIII. Standpunkte der FDP zum Verkehrsentwicklungsplan

I. Für eine verantwortungsvolle Haushalts- und Wirtschaftspolitik

Um die hohe Lebensqualität in der Gemeinde Jüchen zu erhalten, bedarf es einer verantwortungsvollen Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

Haushaltspolitische Ziele der FDP in Jüchen

Jüchen ist lebenswert – und das trotz erheblicher Belastungen durch den Braunkohletagebau. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sind Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur erforderlich. Die finanzielle Lage der Gemeinde erlaubt jedoch keine Fehler und somit keine unnötigen und unangemessenen Ausgaben. Daher setzte sich die FDP in Jüchen für einen nachhaltigen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ein.

An erster Stelle steht demnach die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung. Einnahmen und Ausgaben müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Bei einem Schuldenstand von ca. 34 Mio. EURO (Anfang 2009) ist für jeden Bürger nachvollziehbar, dass hier ein akuter Handlungsbedarf besteht. Mittelfristig soll die Entschuldung der Gemeinde erreicht werden.

Der Zielsetzung der Haushaltskonsolidierung dürfen notwendige und sinnvolle Investitionen jedoch nicht zum Opfer fallen. Vielmehr müssen alle im Haushalt der Gemeinde geplanten Ausgaben auf ihre Notwendigkeit für die Weiterentwicklung der Gemeinde hin überprüft werden. Ausgaben, die nicht zum Erhalt oder zur Verbesserung der Infrastruktur beitragen, bzw. die auf Grund in der Gemeinde oder ihrer unmittelbaren Nähe vorhandener akzeptabler Alternativen verzichtbar sind, dürfen in den Haushaltsplanungen der Gemeinde nicht berücksichtigt werden. Vor allem ist zu prüfen, ob das verfolgte Entwicklungsziel nicht auch mit alternativen Maßnahmen erreicht werden kann, z.B. durch Initiativen von Bürgern, Einrichtungen oder Unternehmen. Jede Ausgabe muss ein erreichbares und nachvollziehbares Entwicklungsziel verfolgen.

Folgekosten von Investitionen oder auch Nicht-Investitionen müssen ebenfalls bei der Haushaltsplanung berücksichtigt werden. Insbesondere bei Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Gebäude oder Sportstätten sind Gesichtspunkte wie Haltbarkeit, Wartungsaufwand und die langfristige absehbare Bevölkerungsentwicklung zu beachten.

Investitionen sind zu aller erst dort notwendig, wo es um Lebensqualität, Bildung, Verkehrs- und Umweltbelastung und um die Ansiedlung von Gewerbe im Gemeindegebiet geht. Der Bau von Umgehungsstraßen, die Umgestaltung von Plätzen, die Pflege und Bedarfsanpassung von Schulgebäuden oder die Umwidmung von Flächennutzungsplänen zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung sind Beispiele hierfür.

Bei der Finanzierung der Investitionen oder Ausgaben ist in jedem Fall der wirtschaftlichste Weg zu wählen, um nicht auf Kosten der folgenden Generationen zu leben. Es ist hierbei insbesondere auf Kreditlaufzeiten und Zinseffekte zu achten, um den Haushalt nicht unnötig zu belasten. Auch bei bestehenden Krediten ist zu überprüfen, ob eine Umschichtung finanziell vorteilhafte Auswirkungen hat.

Den Wirtschaftsstandort stärken

Für die FDP in Jüchen stehen die kleineren und mittleren Unternehmen im Mittelpunkt einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik. Diese brauchen faire Wettbewerbsbedingungen und Freiräume zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die FDP setzt sich zudem für eine moderne, an neuen Marktpotenzialen orientierte, kommunale Wirtschaftsförderung ein. Dazu gehören eine aktive Bestandspflege und die Bereitstellung von Gewerbeflächen mit einer geeigneten Infrastruktur. Dabei will die FDP insbesondere Existenzgründer und Jungunternehmer unterstützen. Für eine erfolgreiche Standortentwicklung ist ein investitions- und entscheidungsfreundliches Verständnis der öffentlichen Hand für die Interessen der Wirtschaft notwendig. Die Gemeinde Jüchen muss sich hierbei als kundenorientierter Dienstleister verstehen.

Die FDP tritt für eine erhebliche Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ein. Das Ziel einer solchen Dienstleistung ist auch die Nutzung öffentlicher Förderprogramme durch die Unternehmen sowie Existenzgründungen. Hierbei ist ebenfalls eine praxisnähere und intensivere Beratung kleiner und mittelständischer Unternehmen in Fragen europäischer Förderprogramme notwendig. Als verantwortliche Anlaufstelle sieht die FDP hier das Dezernat für Wirtschaftsförderung.

Insgesamt sind die Auflagen der Bau- und Umweltsatzungen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und entsprechend zu reduzieren. Dabei müssen ökologische und ökonomische Maßnahmen im Einklang stehen.

Die Gemeinde verfügt über eine landschaftliche Umgebung, besondere Kulturschätze sowie historische und architektonische Sehenswürdigkeiten, die sie einzigartig und für auswärtige Gäste attraktiv machen. Die FDP tritt dafür ein, dieses große Potenzial für den Tourismus weitaus offensiver als bisher zu nutzen und damit mehr Besucher zu uns einzuladen. Dies würde sich positiv auf die Einwohnerzahlen auswirken, denn nur eine nach außen offene Gemeinde ist attraktiv für potenzielle Neubürger.

Weiter fordert die FDP Marketingmaßnahmen und eine intensivere Einbindung der ansässigen Unternehmen in Kultur und Freizeitangebote. Solch eine Kooperation wird positive Synergieeffekte für Gemeinde und Unternehmen bewirken, ohne den Gemeindehaushalt übermäßig zu strapazieren.

II. Bildung – zentrale Aufgabe vom Kindergarten bis zum Abitur

Der Elementarbereich der Bildung muss mit Vorrang gestärkt werden. Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die Chancengerechtigkeit am Start. Faire Chancen sind eine Grundvoraussetzung, um Kindern aus allen sozialen Schichten eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Jedes Kind muss beim Eintritt in die Grundschule dem Unterricht folgen können. Verbindliche Sprachtests müssen bereits mit Beginn des 4. Lebensjahres stattfinden, um Defizite bis zum Schulanfang abzubauen.

Um alle Kinder schulfähig zu machen, soll im Jahr vor dem Schulanfang ein verbindliches Angebot gemacht werden. Mit spielerischen, aber zielorientierten, den Kindern angemessenen Methoden soll das Sprach- und Zahlenverständnis gefördert, die soziale Kompetenz, die Musikalität und Kreativität der Kinder entwickelt werden. Ferner sollen insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund Sprachdefizite zur Wahrung der Chancengleichheit ausgeglichen werden. In der "Startklasse" sollen aber auch besondere Begabungen erkannt und gefördert werden.

Zur Sicherung pädagogischer Standards im Kindergarten sind eine Reform der Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen und ein hochwertiges Weiterbildungsangebot erforderlich.

Die FDP fordert den möglichst frühen Eintritt eines Kindes in die Schulausbildung ab dem vollendeten 5. Lebensjahr. Lernbereitschaft und Wissensdrang der Kinder müssen möglichst frühzeitig in einer fördernden Schule angeregt und genutzt werden

Die Grundschulen sind wesentlich zu stärken. Fremdsprachenunterricht soll beginnend mit der ersten Klasse fester Bestandteil des Lehrplans werden. Der mathematisch-naturwissenschaftliche Unterricht bedarf einer stärkeren Akzentuierung. Technik und Wirtschaft müssen in das Unterrichtsangebot aller Schulformen einbezogen werden. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss ebenfalls möglichst früh auf dem Stundenplan stehen.

Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen mit eigenem pädagogischem Konzept. Förderunterricht, Unterstützung der Eltern durch Hausaufgabenbetreu-

ung, Entwicklung der kreativen und motorischen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen sind zentrale Aufgaben. Dabei sollen die Schulen mit geeigneten Vereinen, Verbänden, privaten Initiativen und Institutionen zusammenarbeiten.

Liberaler verbessern die Bildungschancen von Kindern

Bereits in der frühen Kindheit werden die Grundlagen für erfolgreiche Bildungsbiographien gelegt. Neben der Förderung und Erziehung in den Familien sind Kindertageseinrichtungen das Fundament unseres Bildungssystems. Mit dem am 1. August 2008 in Kraft getretenen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) verfolgt die Koalition aus FDP und CDU das Ziel, die Qualität der Förderung vor der Einschulung zu verbessern und ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen für Kinder aller Altersgruppen in allen Städten und Gemeinden zu schaffen.

Das KiBiz hat den Bildungsauftrag der Kindergärten präzisiert, die Weiterentwicklung vieler Einrichtungen zu Familienzentren forciert, die Sprachförderung intensiviert, flexible Öffnungszeitenmodelle ermöglicht, die Tagespflege als ergänzendes Angebot gesetzlich geregelt und vor allem die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Jahr 2010 für mindestens 20 Prozent aller unter drei Jahre alten Kinder ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen kann (2005: 2,8 Prozent).

Auf Initiative der FDP in NRW erhalten alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr im Jahr 2010/2011 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Die Förderhöhe des Landes ist mit dem KiBiz im Jahr 2008 erstmals über eine Milliarde Euro gestiegen.

Die FDP in Jüchen:

- setzt sich dafür ein, dass den Wünschen der Eltern nach bestimmten Betreuungszeiten in der Platzplanung vor Ort auch tatsächlich entsprochen wird. Dort, wo längere oder flexible Öffnungszeiten benötigt werden, wollen wir stärker ergänzende Modelle der Tagespflege entwickeln: Einzelne Kinder können beispielsweise von Tagesmüttern in den Räumen der KiTas auch außerhalb der Gruppenarbeit betreut werden;
- will Familien in der Mitte der Gesellschaft finanziell durch den Verzicht auf KiTa-Beiträge entlasten. Auch die FDP auf Landesebene plädiert dafür, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung die Elternbeiträge schrittweise abzuschaffen. Alternativ kann die Beitragsfreiheit auch beim ersten Kindergartenjahr ansetzen. Überall dort, wo die Haushaltslage einen Verzicht nicht erlaubt, achten wir darauf, dass Elternbeitragsatzungen verhältnismäßig sind und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Familien berücksichtigen;
- regt an, die Bildungsqualität von Kindergärten durch konkrete Projekte vor Ort zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise Weiterbildungsangebote für die Erzieherinnen und Erzieher und die Intensivierung der Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen. Ein Schwerpunkt im Bildungsangebot liegt auf der Gesundheitsförderung. Angebote zur Bewegung, gesunden Ernährung und Entspannung sind grundlegend in der Kindergartenpädagogik.

III. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Politik

Probleme erkennen

Es ist Realität, dass Jugendliche wenig bis gar nicht an politischen Entscheidungsprozessen in der Kommune beteiligt werden. Dies hängt zum einen von einem Mangel an Möglichkeiten ab, die Jugendlichen dargeboten werden, sich aktiv in die Politik einzubringen, zum anderen auch von so genannter „Politikverdrossenheit“ vieler Jugendlicher. Laut der

16. Shell-Studie ist „das allgemeine Interesse an Politik in der heutigen Jugend weiter rückläufig“.

Doch dies sind nicht zwei gleichwertige Gründe, vielmehr resultiert das eine aus dem anderen. Zudem wird auch den vorhandenen politischen Parteien sehr wenig Lösungskompetenz der anfallenden Probleme zugetraut. Dies scheint der Grund dafür zu sein, dass auf die Frage, warum man sich dann nicht selbst in der Politik einbringt, häufig die Antwort kommt, dazu müsse man in einer Partei sein bzw. die Stimme eines einzelnen Jugendlichen werde überhaupt nirgendwo wahr- und ernst genommen – zu mindest nicht bei den politisch Verantwortlichen.

Was kann man ändern?

Aus Sicht der FDP kann Demokratie nur funktionieren, wenn sie von einer breiten Mehrheit getragen wird. So dürfen Entscheidungen, die Belange von Kindern und Jugendlichen betreffen, auch nicht länger über deren Köpfe hinweg getroffen werden. Jeder einzelne Jugendliche muss nicht nur das Gefühl haben, er könne in seiner Kommune etwas bewegen, sondern muss darüber hinaus auch die Möglichkeit bekommen, sich aktiv einzubringen und für ihn und seine Generation relevante Entscheidungen mit zu gestalten. Daher fordert die FDP eine Vertretung aller Jugendlichen – nicht nur derer, die in Parteien, Verbänden oder Vereinen organisiert sind. Solch eine Vertretung kann, je nachdem wie funktional und attraktiv sie ausgestaltet wird, bewirken, dass sich junge Menschen vermehrt für Politik interessieren und sich in politische Entscheidungen einbeziehen lassen. Sie bietet Jugendlichen direkten Einfluss auf die Politik vor Ort.

Erster Schritt: Entscheidung für Jugendbeteiligung

Zu einer Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen gehört für die FDP nicht nur die Möglichkeit, vor Ort relevante Probleme aktiv mit zu entscheiden, sondern auch die Möglichkeit an Demokratie- und Politikerziehung teilzuhaben. Hier müssen die Schulen in die Pflicht genommen werden.

Zweiter Schritt: Entscheidung für ein Modell

In vielen Kommunen wurde die Erfahrung mit einem Kinder- und Jugendparlament bereits gemacht – allerdings mit mäßigem Erfolg. Dieses sehr starre, stark an „erwachsenen“ Parlamenten orientierte System, ist für Kinder und Jugendliche wenig attraktiv. Neben dieser Form der Jugendbeteiligung gibt es weitere, so genannte „offene“ Modelle:

Offene Beteiligungsformen zeichnen sich durch freien Zugang für alle interessierten Kinder und Jugendlichen und die Möglichkeit zu spontaner Teilnahme aus. Dazu zählen Kinder- und Jugendforen (...) und Jugendhearings

(Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung, München 1999, S. 29)

Projekte, die keine Institutionen zum organisatorischen Vorbild nehmen, sind in ihrer Hierarchie und Struktur oft einfacher und übersichtlicher und dadurch für Jugendliche attraktiv, dass sie sich nicht längerfristig an ein Gremium binden müssen oder sich starren Organisations- oder Parteistrukturen unterwerfen müssen.

Die FDP sieht bei diesen Beteiligungsformen verschiedene Ausgestaltungsmöglichkeiten: Auf der einen Seite einmalig oder in größeren Zeitabständen mehrmalig stattfindende Versammlungen und auf der anderen Seite projektorientierte Arbeit in problembezogenen Gruppen. Nach Meinung der FDP fehlt bei letzterer Möglichkeit allerdings die Komponente der kontinuierlichen Arbeit, die zum erfolgreichen Lernprozess politischer Gestaltung unabdingbar sein muss. Darüber hinaus hat sich die Arbeit nicht gelohnt, wenn nur zu ei-

nem bestimmten Projekt gearbeitet wird, und danach niemand mehr überprüft, was mit den Ergebnissen geschieht.

Die drei Phasen des Offenen Jugendforums

Vorbereitungsphase

Für Jugendliche relevante Themen sollen zunächst in den Schulen eingebracht werden. Dazu schlägt die FDP das Modell einer AG vor, in dem die Betreuung und Leitung durch interessierte Lehrer stattfindet. Die AG sollte jede zweite Woche stattfinden und in die Stundenpläne eingebunden werden. Jeder Teilnehmer der AG soll aktuelle Probleme einbringen können – neben kommunalen Themen, können hier auch zeitlose Themen wie z.B. Politikgeschichte, Parteienvorstellungen oder politische Systeme behandelt werden.

Auf der ersten Sitzung sollte sich das Jugendforum selbst eine Geschäftsordnung geben. Entwürfe dazu sollen nach Meinung der FDP in den AGs unter Begleitung der betreuenden Lehrer erstellt werden.

Zunächst schlägt die FDP jedoch eine Einführungsphase vor: die ersten beiden Sitzungen des Jugendforums sollen von betreuenden Lehrern geleitet werden, um den anwesenden Jugendlichen Verfahrensbeispiele zu geben. Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass sich unter den Teilnehmern Jugendliche befinden, die schon Erfahrung in der Leitung solcher Versammlungen besitzen. Diese Übergangsphase geht höchstens über den Zeitraum eines Jahres.

Das Modell der FDP sieht vor, dass Informationen des Rates, der Fraktionen sowie Unterlagen der Vor- und Nachbereitung der kommunalen Ausschüsse, an die AG-Leiter weitergeleitet werden. Die AG-Leiter sollen sich regelmäßig über anliegende Themen und in den AGs geleistete Arbeiten austauschen.

Forum

Die FDP schlägt für die Zusammenkünfte des Offenen Jugendforums vor, dass eine projektgebundene Einberufung durch den Versammlungsleiter, wenn dieser Impulse aus den AGs an den Schulen oder von anderen Jugendlichen bekommt, mindestens jedoch einmal pro Halbjahr. Teilnehmen dürfen alle Jugendlichen aus Jüchen zwischen 14 und 22 Jahren sein. Stimmberechtigt sind diese, wenn sie mindestens drei Monate im Gemeindegebiet Jüchen ihren Erstwohnsitz gemeldet haben. Erst ab der zweiten Teilnahme bekommen Teilnehmer ein Stimmrecht.

Nach Vorstellung der FDP wird einmal jährlich eine Versammlungsleitung gewählt, bestehend aus einem Tagungsleiter, einem Stellvertreter und einem Protokollführer. Kein Mitglied der Versammlungsleitung darf Mitglied einer politischen Partei oder deren Jugendorganisationen sein. Es darf auf den Sitzungen inhaltlich keine parteiliche Beeinflussung geben, daher müssen die Leiter Neutralität bewahren. Der Leiter des Forums bekommt zudem einen Platz im Jugendhilfeausschuss.

Weiter sollen nach dem Konzept der FDP bei den Sitzungen Jugenddezernenten und Vorsitzende des Schulausschusses sowie des Jugendhilfeausschusses beratend anwesend sein. Begleitet und betreut wird das Jugendforum wiederum von den AG-Leitern der Schulen.

Beratung durch den Gemeinderat

Die Ergebnisse, die das Jugendforum durch Abstimmung beschließt, müssen in der nächsten Sitzung des Gemeinderates behandelt werden. Sie können erst von dort bei Bedarf in die jeweiligen Ausschüsse verwiesen werden.

IV. Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Jüchen

Gemeindeführer für Kinder und Jugendliche

Die FDP fordert einen Führer für Kinder und Jugendliche über alle Angebote, die für diese im Gemeindegebiet bestehen. Hierin sollen sich Vereine, Verbände, Organisationen oder Clubs kurz vorstellen können, ihre Arbeit darlegen und Erreichbarkeit sowie Ansprechpartner präsentieren können. Dies schafft Verbundenheit zur Gemeinde und dient der aktiveren Beteiligung am Gemeindeleben.

Bessere Netzwerke schaffen

Nach Meinung der FDP Jüchen bedarf es besserer Netzwerke von Organisationen, Vereinen, Schulen und dem Jugendamt. Solche Netzwerke können der Aufarbeitung des Alltags der Jugendlichen dienlich, aber auch der Gewaltprävention von Nutzen sein. Über eine aktivere Zusammenarbeit der Jugendarbeit und der Schulen könnten für das jeweilige Kind oder den Jugendlichen individuell angepasste Angebote gemacht werden, welche diesem gerecht werden.

Aber auch Krisenpläne würden durch diese Netzwerke funktioneller werden. Sei es für Krisen einzelner Individuen oder z.B. einer ganzen Schule. Hier würde die Zusammenarbeit durch ein Netzwerk ausgereifere Krisenbewältigungspläne ermöglichen,

Einbindung von Jugendlichen

Die Liberalen fordern eine bessere Einbindung der Jugendlichen in das Gemeindeleben. Neben dem von der FDP geforderten Offenen Jugendforum, welches politische Entscheidungsmöglichkeiten bietet, könnten z. B. bei Veranstaltungen der Gemeinde Schülerbands der Schulen aus dem Gemeindegebiet auftreten oder eingeübte Aufführungen von Kindergartengruppen stattfinden. Die FDP fordert somit eine stärkere Berücksichtigung und somit Anerkennung der Kinder und Jugendlichen, wie auch deren Leistungen.

Tag der Jugend

Die FDP Jüchen fordert einen halbjährigen Jugendtag für die Gemeinde Jüchen. An diesem Tag soll auf dem Markt in Jüchen diversen Veranstaltern die Möglichkeit geboten werden, ein Programm für Jugendliche anzubieten – Konzerte, Präsentationen lokaler Vereine und Verbände, Sportangebote, kulturelle Angebote.

Schirmherr der Veranstaltung wird das Kreisjugendamt im Rhein-Kreis Neuss. Im Rahmen der Schirmherrschaft unterstützt das Jugendamt die Werbung und setzt seine guten Kontakte für die Veranstaltung ein.

V. Marktplatz Jüchen - Mittelpunkt unserer Gemeinde

Der Marktplatz sollte der attraktive Mittelpunkt und das "Aushängeschild" einer Gemeinde sein. Die Bürger sollten auf ihren Marktplatz stolz sein, sich gern darauf aufhalten, um Gespräche zu führen oder einzukaufen. Leider bietet der Markt in Jüchen diese Attraktivität nicht. Die FDP schlägt deshalb vor, ein neues Konzept über die Verwendung und die Gestaltung des Marktes in Jüchen zu erstellen.

Unsere Vorstellungen sind :

- Ein erweitertes Freizeitangebot durch die Aufstellung eines Pavillons auf dem Markt, in dem sich ein Eiskaffee befinden könnte.
- Teile des Marktes (Busstrasse) zusätzlich in eine Rasenfläche umwandeln.
- Aufstellen von weiteren transportablen Kübeln, die mit Sträuchern und Blumen bepflanzt sind.
- Aufstellen von weiteren Bänken und Tischen.
- Der Brunnen sollte, außer in der kalten Jahreszeit, in Betrieb sein.
- Die Scheune ist zu renovieren. Sie sollte in einer hellen und freundlichen Farbe gestrichen werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nur durchführbar, wenn der Busbahnhof, wie geplant, vom Markt verlegt und die Bushaltestelle abgebaut wird.

Es können dann vor den Parkplätzen Richtung Wilhelmstrasse, im Bereich der jetzigen Busfahrbahn, zusätzliche Parkplätze eingerichtet werden.

Der Markt müsste nach der Umgestaltung regelmäßig gepflegt und gereinigt werden. Für diese Aufgabe sollte nicht allein der Bauhof verantwortlich sein. Die Jüchener Vereine, die Einzelhändler und die Anwohner vom Markt sind aufgefordert, Patenschaften zu übernehmen, um den Markt in Ordnung zu halten und die Grünanlagen zu pflegen.

Die FDP ist überzeugt davon, dass dann unser Markt nicht nur den Bürgern gefällt, sondern auch einen guten Eindruck auf unsere Gäste macht.

VI. Grundzüge einer liberalen Sportpolitik

Liberele begreifen den Sport als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Vereinssport bildet einen Ort der gemeinsamen und individuellen sportlichen Betätigung, des Zusammentreffens unterschiedlichster Menschen und des ehrenamtlichen Engagements. Die Sportvereine fördern die körperliche sowie die seelische Gesundheit und tragen zur generationsübergreifenden Integration aller Menschen bei. Damit kommt dem Sport eine herausragende Aufgabe im gesellschaftlichen Leben zu. Daher will die FDP die Vereinsstrukturen stärken, damit diese sich kontinuierlich weiterentwickeln können.

Liberele unterstützen das ehrenamtliche Engagement

Das Ehrenamt bildet das Rückgrat der Sportvereine. Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement tausender Menschen könnten die vielfältigen sportlichen Angebote, von denen unzählige Menschen aller Altersstufen, sozialer Schichten und unterschiedlicher Herkunft profitieren, nicht angeboten werden. Um die herausragende Stellung der Arbeit der Vereine weiterhin zu gewährleisten, ist es notwendig, die Eigenverantwortung der Vereine zu unterstützen und zu fördern.

Die FDP

- will das ehrenamtliche Engagement weiter aufwerten und fördern;
- wird die freie Entfaltung der ehrenamtlich tätigen Bürger im Sport sicherstellen, sodass die Bereitschaft, sich für Andere zu engagieren, weiterhin anhält und wächst.

Liberaler setzen auf eine Stärkung des Schul- und Jugendsports

Die Schulen und das Vereinswesen sind für viele Kinder und Jugendliche in unserer Gemeinde eine untrennbare Einheit in der Tagesgestaltung. Im Anschluss an den Schulunterricht nehmen Kinder und Jugendliche in der Freizeit an vielfältigen Angeboten der Sportvereine teil. Die Jugendarbeit ist ein zentrales Element der Aktivitäten der Sportvereine. Dieses wollen wir weiterhin konsequent unterstützen.

Die FDP

- betont, dass der Sport in der Schule frühzeitig Begeisterung für sportliche Aktivitäten zu wecken vermag, er den Kindern und Jugendlichen einen Ausgleich verschafft und ihre körperliche und seelische Fitness unterstützt. Gerade das Erlernen des Schwimmens betrachten wir als eine herausragende Fähigkeit, die Kinder erlernen müssen. Die Vielfalt der im Schulsport angebotenen Sportarten ermöglicht Kindern aus sozial schwierigeren Verhältnissen darüber hinaus einen Einblick in die Welt des Sports und vermag Begeisterung für bis dahin Unbekanntes zu wecken.
- forciert den Ausbau der Ganztagsangebote der Offenen Ganztagsgrundschulen und der weiterführenden Schulen. Die FDP will erreichen, dass die Sportvereine die Ganztagsangebote als Chance nutzen, um als außerschulischer Partner in den Schulen eingebunden zu werden. Daher setzt sich die FDP dafür ein, dass es bei der Gestaltung von Unterrichtszeit und sportlichen Angeboten zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Vereinen vor Ort kommt.
- fördert die Jugendarbeit der Vereine, da sie bei Kindern und Jugendlichen Aggressionen abbaut, die gesundheitliche Entwicklung fördert und den Jugendlichen die Erfahrung von Leistung, Teamgeist und Erfolgserlebnissen ermöglicht. Die Übertragung von Führungsaufgaben vermittelt frühzeitig Verantwortungsbewusstsein und Eigenverantwortung.

Liberaler setzen auf den Sport als Mittel der Gesundheitsförderung

Für Senioren sollte die sportliche Betätigung ein wichtiges Anliegen sein. Sie fördert sowohl die geistige als auch die körperliche Leistungsfähigkeit, erhält somit Lebensqualität und vermindert damit auch die Gesundheitskosten.

Die FDP

- tritt dafür ein, dass die sportlichen Angebote für ältere Menschen der jeweiligen körperlichen Leistungsfähigkeit angepasst werden und dass die Vereine in die Lage versetzt werden, in der Ausgestaltung entsprechend altersstrukturierte gesundheitsfördernde Angebote anbieten zu können.
- setzt sich dafür ein, dass notwendiger Konsolidierungsbedarf nicht zu Lasten der sportlichen Infrastruktur, etwa bei Sporthallen oder Schwimmbädern, vollzogen wird.
- lehnt eine Sporthallennutzungsgebühr ab. Die Erträge, die den Kommunen aus dieser Gebühr zufließen, sind gering. Gleichzeitig bedeuten sie jedoch eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung der Vereine. Die FDP stellt sich daher entschieden gegen eine Einführung dieser Gebühr.
- unterstützt stattdessen nachdrücklich das Sponsoringwesen durch Bürger und die Wirtschaft.

Wir wollen, dass

- in den Vereinen vor allem die Jugendarbeit gefördert wird,

- die vorhandenen Anlagen für den Breitensport in Verbindung mit den Vereinen in einem sportgerechten Zustand gehalten werden,
- die Kunstrasenplätze in Jüchen und Hochneukirch realisiert werden,
- erforderliche Substanzerhaltungsmaßnahmen nur soweit durchgeführt werden, wie sie ökonomisch sinnvoll und verantwortbar sind. So sollen die maroden Sporthallen in Gierath und Stessen durch den Bau einer modernen Zweifach-Halle am Sportgelände Gierath ersetzt werden.

Wir regen an, dass

ein öffentliches Golfgelände im Flächennutzungsplan im rekultivierten Gebiet südlich von Jüchen ausgewiesen wird.

VII. Standpunkte der Jüchener FDP zur Umwelt und Klimapolitik

Die FDP in Jüchen, die seit der kommunalen Neugliederung im Rat die Geschicke der Gemeinde mitbestimmt hat, hat sich stets für eine lebenswerte Umwelt eingesetzt, die Leben und Arbeiten in der Gemeinde angenehm und liebenswert macht und dabei auf die Tradition des ländlichen Raumes ebenso setzt wie auf eine innovative Weiterentwicklung mit bürgerlicher Eigenverantwortung.

Jeder Bürger und jede Bürgerin muss auch deshalb besonders in die Pflicht genommen werden, weil die Kommune nur das umsetzen kann bzw. umsetzen muss, was Landes- und Bundesgesetzgebung vorschreiben.

So haben wir seinerzeit darauf gesetzt, den Tagebau Garzweiler II mit Hilfe der Jüchener Bürgerinnen und Bürger zu verhindern, weil der gigantische Braunkohlenabbau ökologisch unverantwortlich war und ist, energiepolitisch unnötig und verschwenderisch, sozialpolitisch und agrarisch höchst fragwürdig und ökonomisch für die Gemeindeentwicklung über Jahrzehnte belastend.

Leider sind wir mit unserem Vorhaben gescheitert, nicht zuletzt weil das Oberverwaltungsgericht in Münster die Klage der Gemeinde gegen den weiteren Tagebau abgewiesen hat. Dabei ist der Tagebau besonders für das Klima höchst problematisch, selbst das im Bau befindliche „braunkohlenoptimierte Kraftwerk“ in Neurath bläst jährlich 22 Millionen Tonnen Co2 in die Luft, hinzukommen die Tagebauimmissionen in Form von Staub, Lärm usw., die Grundwasserabsenkung und die unwiederbringliche Zerstörung einer Kulturlandschaft.

Die FDP in Jüchen setzt sich in permanenten Verhandlungen mit RWE-Power nachhaltig dafür ein, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger erträglich und kostenneutral zu gestalten.

Der Hinweis auf die Umwelt- und Klimabelastung durch den Tagebau soll nicht davon ablenken, dass wir von der FDP auch für eine aktive und nachhaltige Klima- und Umweltpolitik vor Ort in Jüchen eintreten.

Im Einzelnen fordern wir

- eine ökologische Aufwertung der Landschaft durch

- großzügige Aufforstungen entlang der Bachtäler "Jüchener Bach", "Kelzenberger Bach" und "Kommer Bach" als prägende Landschaftsgestaltung;
- ein nachhaltiges Programm zur Waldvermehrung;

- großzügig bemessene Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in Natur und Landschaft infolge der Gemeindeentwicklung (Wohnbau- und Gewerbeflächen);
- Erhöhung der landschaftlichen Strukturvielfalt, insbesondere durch Vernetzung verschiedener Biotope"
- Steigerung des Erholungs- und Freizeitwertes der Gemeinde;

- Fortsetzung des Rekultivierungsprogramms bei gemeindlichen Bachläufen

- Rekultivierung der Tagebauflächen

- Naherholungsbereiche;
- Straße der Braunkohle;
- Golfplatz;

- Landwirtschaft

- Fortbestand der Landwirtschaft sichern;
- Sparsamer Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Flächen.

VIII. Standpunkte der FDP zum Verkehrsentwicklungsplan

Das Verkehrsentwicklungskonzept (VEK) gibt die Vorstellung wieder, welche neuen Straßen in der Gemeinde Jüchen für den Autoverkehr als sinnvoll angesehen werden. Im Jahr 2007 wurde mit Zustimmung der FDP ein überarbeitetes VEK beschlossen. Die Gemeinde Jüchen ist allerdings bei der Verwirklichung zum einen abhängig vom Landesbetrieb Straßenbau NRW und zum anderen von den benachbarten Städten, wenn die neuen Straßen die Gemeindegrenzen überschreiten sollen. Im Einzelnen sind folgende Neubaumaßnahmen vorgesehen:

Wiederherstellung der A44 zwischen AD Holz und AD Jackerath

Da die A61 zwischen Jackerath und Wanlo 2017 dem Tagebau weichen wird, muss bis dann die A44 zwischen Holz und Jackerath wiederhergestellt werden. Zwischen dem 27.04.2009 und dem 27.05.2009 lag der Plan über die neue A44 offen. Diesem war zu entnehmen, dass die Grubenrandstraße zwischen Jülicher Straße und Alt-Holz/Peter-Busch-Straße unterbrochen und nicht wieder hergestellt werden soll. Im Zuge dieses Planfeststellungsverfahrens hat die FDP beantragt, die Grubenrandstraße in diesem Bereich – mit leicht geänderter Linienführung – zu erhalten. Dies hält die FDP aus mehreren Gründen (vgl. dazu auch die folgenden Ausführungen) für notwendig.

Neubau der L354

Es ist eine neue Landstraße zuerst südlich der A46 von der Anschlussstelle (AS) Wanlo an der A61 bis zur Holzer Straße, dann nördlich der A46 bis zur Peter-Busch-Straße und von dort über die Eisenbahn bis zur A44 mit Anschluss an diese geplant. Diese Straße halten wir zur Entlastung von Hackhausen und Hochneukirch für zwingend erforderlich und auch dringlich. Eine Entlastung für den Ort Jüchen wird aber nur eintreten, wenn (siehe oben) die Grubenrandstraße zwischen Jülicher Straße und Alt-Holz erhalten bleibt. Da die A61 ab 2017 für viele Jahre zwischen Wanlo und Jackerath unterbrochen sein wird, kann die AS Wanlo für die Zeit der Unterbrechung nur in Richtung Norden (Venlo) genutzt werden.

Wiederherstellung der L19 zwischen Holzer Straße und Jackerath

Das VEK 2007 sieht die Wiederherstellung der Verbindung zwischen Hochneukirch und Jackerath als L19n vor, wenn die Auskohlung, die an dieser Stelle 2009 noch nicht einmal begonnen hat, beendet sein wird.

Umgehung von Neuenhoven, Hoppers, Wey

Im Zuge einer neuen L116n ist geplant, ausgehend von der Einmündung der L32 bei Neuenhoven südlich der Orte Neuenhoven, Hoppers, Wey eine Umgehungsstraße zu bauen, die an der ehemaligen Schule von Waat auf die L31 treffen soll. Da diese Straße zunächst südlich, dann westlich den Ort Wey umfährt, nimmt sie auch den Verkehr der L31 aus Wey heraus. Der Neubau dieser Straße, deren Kostenträger das Land NRW ist, ist immer wieder angekündigt und dann verschoben worden.

Die ersten vier Punkte sind in der Planung- nicht in der zeitlichen Durchführung – unstrittig. Anders verhält es sich bei den beiden folgenden Projekten:

Neubau einer L19n vom Jägerhof nach Giesenkirchen

Früher war vorgesehen, die A44 von der AS MG-Odenkirchen beim Jägerhof weiter in Richtung Norden bis zum AK Neersen zu bauen. Dies ist am Widerstand in Mönchengladbach gescheitert. Gleichwohl hat die Bundesrepublik Deutschland die dafür benötigte Fläche innerhalb der Gemeinde Jüchen teilweise gekauft. Das Jüchener VEK 2007 sieht vor, auf der Trasse der früher geplanten A44 eine Landstraße bis Giesenkirchen zu bauen. Diese Maßnahme ist aus Jüchener Sicht sinnvoll, muss aber mit Mönchengladbach abgestimmt werden.

Ortsumgehung Jüchen

Das VEK 2007 sah zur dringend notwendigen Entlastung des Ortes Jüchen eine Umgehungsstraße vor. Diese sollte von der B59 zwischen der Abzweigung nach Schaan und dem Ort Jüchen (in der Kurve auf dem Hügel) abzweigen, westlich von Jüchen einen Anschluss an die A44 und die Peter-Busch-Straße (s. o.) haben. Weiter südlich sollte die neue Straße über eine Brücke über die Eisenbahn geführt und an die Grubenrandstraße, die (ungefähr im jetzigen Verlauf) bis Grevenbroich ausgebaut werden sollte, angeschlossen werden. Dieser Plan ist im Dezember 2008 vom Landesbetrieb Straßenbau NRW (und wohl auch von RWE Power, welches einen Teil der Kosten tragen muss) abgelehnt worden.

Befürwortern würden sowohl der Landesbetrieb Straßenbau als auch RWE Power folgende Variante:

Die neue Straße zweigt nicht auf dem Hügel zwischen Schaan und Jüchen von der B59 ab, sondern erst am Ortsrand von Jüchen (bei Plus), wo die aus Kelzenberg kommende L31 in die B59 mündet. Von hier führt die geplante Straße in Richtung Westen bis zur A44 und weiter bis zur Peter-Busch-Straße (siehe oben). Die Grubenrandstraße verliert dadurch erheblich an Bedeutung, da sie dann keinem überörtlichen Verkehr mehr dient und eventuell gar zwischen Jülicher Straße und Alt-Holz gesperrt würde.

Dieser neue Plan hat Vor- und Nachteile gegenüber dem VEK 2007:

Der größte Vorteil ist der, dass der geänderte Plan relativ schnell verwirklicht werden kann mit der Folge einer Entlastung für Hackhausen und Hochneukirch. Ein Vorteil ist auch die dadurch geschaffene kurze Verbindung zwischen den Siedlungsschwerpunkten Hochneukirch und Jüchen. Weiterer Vorteil ist, dass hierdurch das Baugebiet Jüchen/West auf Kosten von Land und RWE Power erschlossen wird.

Letzteres ist gleichzeitig aber auch ein Nachteil, weil die neue Straße klassifiziert (L31n) wäre, d.h. Jüchen/West müsste auf Grund zwingender gesetzlicher Vorschriften durch Wälle oder Mauern (s. Neußer Straße) von der neuen Straße abgeschottet werden. Weiterer Nachteil ist, dass der Ort Jüchen schwächer entlastet wird als durch das VEK 2007.

Die Jüchener FDP tendiert derzeit dazu, die Nachteile für gewichtiger zu halten als die Vorteile. Daher sollte aus unserer Sicht versucht werden, Zustimmung zu dem VEK 2007 zu erhalten. Sollte dieser Versuch scheitern, so könnte sich die FDP eine Zustimmung zu o. a. Alternative vorstellen, wenn die Grubenrandstraße zwischen Jülicher Straße und Alt-Holz erhalten bleibt und wenn die Zufahrt zur AS MG-Odenkirchen von Norden her geringfügig geändert wird (Geradeausverkehr zur A44, Abbiegeverkehr nach Jüchen).